

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

221 (24.9.1931)

Der Streit ums Geld

Frankreichs Finanzminister markiert den Kupfprediger

Die zahlungsschwachen Staaten verwahren sich dagegen

Genf, 23. September. (Eig. Draht.) In der zweiten Kommission des Völkerbundes kam es am Mittwoch zu einer scharfen Kontroverse zwischen Frankreich und England.

Der französische Finanzminister Mandin hielt eine Art hochtrabender Kupfpredigt, von programmatischem Charakter für die französischen Absichten. Einleitend sprach er von der überall gleichen Sünde der Verschwendung auf Kosten der Zukunft. Bei der Krise suche jeder eine gemeinsame Lösung, die seinen egoistischen Interessen günstig sei. Bei dem Ruf nach Streichung der öffentlichen Schulden als einer wesentlichen Ursache der Wirtschaftskrise und Finanzkrise stehe man besonders auf die politischen Schulden, die einzuheben seien, ohne daß der Schuldner etwas dafür erhalten habe. Eine solche Milderung beruhe mehr auf moralischen und politischen Erwägungen, denn auf einer reinen Finanzaktion. Außerdem hätte der Schuldner innere Anleihen in den Gläubigerländern; erleichtere man also das eine Budget, so werde das andere überlastet. Man schaffe also eine neue Urursache; indem man eine vermeintliche andere ausschaltet. Hätten die Gläubigerländer rechtseitig die Schuldentilgungen durch Bilanzieren der Handels- und Zahlungsbilanzen ausgeglichen, so wäre das Transferproblem nicht aufgetaucht. Mandin sprach dann von dem Mißbrauch der kurzfristigen Privatkredite, zum Erlaß der langfristigen Anleihen. Vor allem einmal der bestehende Kredit erhalten werden, durch rigorose Sparmaßnahmen als Quelle des Vertrauens. Die gemeinsame Aktion zur Stärkung dieses Vertrauens könne nur in Form einer internationalen Garantie erfolgen. Eine sogenannte Neuverteilung der Goldbestände wie Mandin zurief. Die Goldwährung sei ein automatischer Regulator. Das sei nicht falsch, weil die Voraussetzungen ihres Wirkens, nämlich das Vertrauen, verfaßt habe. Was die praktische Maßnahme zur Herstellung des freien Warenaustausches anlangt, so müßten die reichen Länder den Kapitalarmen helfen, aber eine Garantie dafür sei der gegenseitige gute Glaube. Das bedeute, daß man die Schleusen des Friedens weit aufreißen müsse, wenn man diese Länder um eine große internationale Finanzierungsoperation angehe.

Sir Arthur Salter-England polemisierte unter auffallend starkem Beifall der gesamten Kommission gegen Mandin. Die Verhinderung der Reparationen könne nicht anerkannt werden. Nach seiner Anschauung habe die Vertrauenskrise stärksten politischen Charakter. Sie könne nur mit politischer Verantwortung, aber nicht in Form der starren Aufrechterhaltung gerade der Form beseitigt werden, die sie mit hervorgerufen hätte. Die Notenbanken sollten bis zur äußersten Grenze des Möglichen und Verantwortbaren für das starke Zahlungsmittelbedürfnis gehen. Eine Resolution der Vollversammlung müsse neue politische und finanzielle Wege weisen.

Mandin entgegnete, er werde sofort antworten, da er adreßen müsse. Eine solche Resolution sei wertlos, weil man sich nicht einig wäre und außerdem die Vereinigten Staaten nicht daran beteiligt wären. Er wandte sich scharf gegen die inflationistische Tendenz Saltors. Die Defensivgrundlage der Noten dürfe nicht verlassen werden. Für eine gemeinsame Arbeit sei auch er. Die psychologischen Wirkungen der Goldverteilung seien wichtiger als Salter sie leben wolle.

Wann wählt England?

London, 23. Sept. (Eigenbericht). Daily Herald und Daily Telegraph melden übereinstimmend, daß die Parlamentssession am 2. Oktober beendet, die Neuwahlen auf den 27. Oktober festgesetzt werden.

Den kurzen Urlaub, den MacDonald zur Zeit auf dem Lande verbringt, will er, nach der Daily Herald, benutzen, um sich darüber zu entscheiden, ob er die Einladung der Konservativen zur Führung einer Regierung mit einem Sozialisprogramm annehmen soll.

Englische Börse mit gesunkenem Pfund

Die Londoner Börse war am Mittwoch wieder geöffnet. Der Pfundkurs war weiter abgewandert, so daß der Wert des Pfund Sterling gegenüber der Zeit vor Abschaffung des Goldstandards um etwa 14,6 Prozent gesunken ist. Die heutigen Notierungen, die wieder mehr oder weniger nominal waren, lauteten gegenüber dem Dollar 4,15 (nach 4,20 gestern), gegenüber dem Franc 105 (106%), gegenüber dem Gulden 10,25 (10,50) und gegenüber der Stra 80 (87).

Erholung an der Pariser Börse

Paris, 23. Sept. (Eig. Draht). Die Aufwärtsbewegung der Kurse an der Pariser Börse hat sich auch am Mittwoch in verstärktem Maße fortgesetzt. Sie hielt bis zum Schluß der Börse an, so daß die meisten Werte, vor allem die französischen Industriekurse, die am Montag erlittenen Kurseinbußen wieder wettmachen konnten. Auch die internationalen Werte zogen an. Nur einige Goldminen- und Gummiwerte zeigten am Schluß unsichere Haltung. Am Devisenmarkt war die Stimmung rubia. Das Pfund setzte mit 104% ein und schloß mit 104.

Pfundreise und kanadischer Dollar

In Berlin ist am Dienstag der kanadische Dollar auf 93 Prozent der Parität gesunken, nachdem ihn bereits am Montag die New Yorker Börse mit 92 Prozent notiert hatte. Die Finanzwelt hat damit auch auf Kanada übergriffen.

Dieser Kurssturz könnte an sich überraschen, weil die kanadische Währung von der englischen völlig unabhängig ist, ja sogar auf Dollar lautet. Man darf aber nicht übersehen, daß das kanadische Wirtschaftsleben mit dem englischen aufs engste verknüpft ist.

Fügt man hinzu, daß Kanada als ausgeprägtes Rohstoffland von der Weltwirtschaftskrise besonders stark betroffen ist und berücksichtigt man, daß bereits alle großen Exportländer außer Kanada (Argentinien, Australien, Brasilien) eine harte Entwertung ihrer Währungen erleben, so wird der Druck auf die kanadische Währung in dieser außerordentlichen Situation, in der wir heute stehen, durchaus verständlich.

Diese Woche noch keine Börse

W.B. Berlin, 23. Sept. Nach einer Bekanntmachung des Börsenvorstandes zu Berlin findet in dieser Woche eine Notiz von Wertpapieren und Devisen an der Berliner Börse nicht statt. Der freie Handel in diesen Werten ist nicht zulässig. Devisennotizen werden in der Reichsbank festgesetzt.

Devisenmaßnahmen in Oesterreich

Wien, 23. Sept. (Eig. Draht). Die Nationalbank hat am Mittwoch die Banken verständigt, daß Devisen und Salven nur dann unbegrenzt ausgeteilt werden, wenn der Nachweis erbracht ist, daß

das Geld zur Bezahlung von Rechnungen, zur Deckung von Reisekosten oder sonstigen dringenden Zahlungen benötigt wird.

Oesterreich

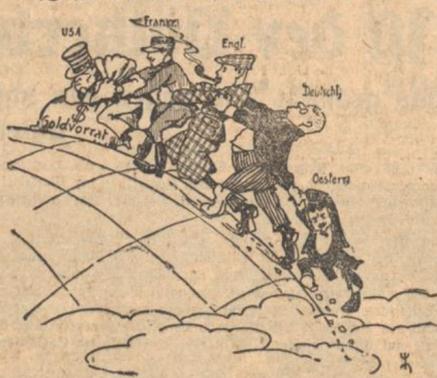
erfüllt die Genfer Budget-forderungen

Die österreichische Regierung hat das Finanzkomitee des Völkerbundes davon verständigt, daß der Haushaltsausschuß des Nationalrates einstimmig folgenden Beschluß gefaßt hat:

Durch Erparungen im Personal- und Sachaufwand werden die Ausgaben im Budget des Jahres 1932 auf mindestens 1900 Millionen Schilling herabgesetzt; außerdem werden für die Tilgung kurzfristiger Schulden im Budget 100 Millionen Schilling vorgesehen.

Durch diesen einstimmigen Beschluß ist die Forderung des Genfer Finanzkomitees als Voraussetzung für die Empfehlung des österreichischen Kreditansuchens erfüllt.

Das Weltbild von 1931



„Wir bleiben stabil, solange der (Gold-)Vorrat reicht!“

Der 70. Geburtstag Dr. Robert Bofsch

Stuttgart, 23. Sept. Aus Anlaß des heutigen 70. Geburtstages ihres Gründers hat die Robert Bofsch-AG, eine Stiftung von Erben und Freunden der Stuttgarter und Feuerbacher Werke eröffnet, die einen Überblick über die Fortschritte der letzten Jahre gibt.

Staatspräsident und Minister

Ist eine Neugestaltung des Wirkungskreises des badischen Staatspräsidenten wünschenswert?

Wie aus der Haushaltsaufstellung vom 16. September zu ersehen ist, hat das badische Kabinett die Absicht, eine neue Darstellung des Aufgabentranges des Staatspräsidenten im Verhältnis zu den Ressortministerien zu schaffen. Dieser Plan und gewisse andere und beabsichtigte Bestrebungen haben unter Mannheimer Parteiblättern veranlaßt, einen Kenner der badischen Verfassung und der badischen Verwaltung zu bitten, an dieser Stelle die staatsrechtliche Stellung des Staatspräsidenten etwas genauer zu umreißen. Hier ist sein Auslass:

Im Haushaltsausschuß des Badischen Landtages führte bei der Beratung des Sparprogramms für das Staatsministerium der Berichterstatter aus, in diesem Ministerium seien die erforderlichen Maßnahmen schon im Jahre 1929/30 durchgeführt worden. Das badische Staatsministerium habe eine billigere Verwaltung als das württembergische. Dieser Vergleich hinkt, er geht von ganz falschen Voraussetzungen aus.

Entscheidend für das Ausmaß der Verwaltungstätigkeit ist die staatsrechtliche Stellung des Staatspräsidenten. In Baden hat der Staatspräsident lediglich die Stellung des primus inter pares; er ist der Präsident des Staatsministeriums ohne eine bevorzugte Stellung den anderen Ministern gegenüber. Anders ist die Stellung des württembergischen Staatspräsidenten. Dessen steht die oberste Leitung der Regierung zu, wie dies beim Ministerpräsidenten im Reich und in Preußen auch der Fall ist. Aber auch hier entscheidet in erster Linie über wichtige Fragen das Kabinett in kollektiver Beschlussfassung; dem Ministerpräsidenten steht ein Vetorecht nicht.

Der badische Staatspräsident hat ein solches Vetorecht nicht. Die badischen Minister werden vom Landtag gewählt, nicht vom Staatspräsidenten berufen, und sie sind für ihre Amtshandlungen nur dem Landtag gegenüber verantwortlich. In dem einen wie in dem anderen Falle läuft die Praxis auf die kollektive Verständigung hinaus. Der Unterschied ist aber der, daß bei Angelegenheiten, die mehrere Ministerien gleichmäßig angehen, in Ländern mit der Institution des Ministerpräsidenten dessen Verwaltung die Federführung hat, während in Baden mit der Institution des Staatsministeriums die Federführung bei dem für die betreffende Angelegenheit zuständigen Ressortministerium liegt.

Die Kollegialverfassung erspart also dem Staatsministerium einen umfangreichen Verwaltungsapparat, die Vorarbeiten für die Beschlussfassung des Staatsministeriums für dessen Institutionen an den Reichsrat und Vorstellungen an andere Regierungen führen hier die zuständigen Ressortministerien aus. Eine Doppelbearbeitung der anfallenden Aufgaben im Ressortministerium und beim Staatspräsidenten ist hier somit nicht nötig und bei der Kleinheit der Landesverwaltung auch gar nicht sachdienlich. Württemberg ist in dieser Beziehung aufwändiger, kraft seines Staatsrechts.

Der Haushaltsausschuß hat die beim badischen Staatsministerium im Jahre 1924 gemachten Erparungen begrüßt; für die im Staatsministerium vorhanden gewesene ausgebildete Verwaltung war ja schon seit dem Jahre 1919 keine Existenzmöglichkeit mehr vorhanden.

Der Berichterstatter teilte dem Haushaltsausschuß aber auch mit,

„es solle sich für den Aufgabentrange des Staatspräsidenten eine scharf umrissene Darstellung geben und dessen Verhältnis zu den Ressortministerien neu gestaltet werden. Die politischen Parteien hätten dies allgemein gutgeheißen.“

Diese Mitteilung hat unsere Aufmerksamkeit erregt und in aller Bescheidenheit möchten wir uns erlauben, auf die politische

Württembergs Sparmaßnahmen

Deckung des Defizits durch Notverordnungen

Stuttgart, 23. Sept. (Eig. Meldung.) Die württembergische Regierung machte am Mittwoch im Finanzausschuß des Landtags Mitteilung davon, daß das Defizit im Staatshaushaltsplan für das Jahr 1931 um weitere 12 bis 13 Millionen Mark gestiegen sei. Dieser Betrag lasse sich zusammen aus außerordentlichen Pauschalvergütungen in Höhe von 2,2 Millionen Mark, aus einem weiteren Minderertrag der Forsten von 2 Millionen Mark und im übrigen aus dem Rückgang der Reichssteuerüberweisungen.

Bei dieser Gelegenheit gab Staatspräsident Fols einen Bericht über die Verhandlungen unter den Länderregierungen, die kürzlich in Stuttgart stattgefunden haben. Dabei hat sich herausgestellt, daß jedes Land selbständig vorgehen müsse. In Württemberg sei der Sachaufwand bereits um 20 Prozent gesunken, es bliebe also nur der Personalaufwand übrig, der zur Zeit 120 Millionen Mark beträgt. Die Regierung wolle aber nicht so weit gehen, das gesamte Defizit durch eine entsprechend hohe Kürzung des Personalaufwands, also um 10 Prozent zu decken. Sie schläge vielmehr vor, durch Verordnung die Beamtengehälter, unter Freilassung der Gehälter unter 1500 M pro Jahr und der Bezüge der Polizei, um 5 Prozent zu kürzen. Das ergebe für das Jahr 6 Millionen, für das restliche halbe Jahr, also 3 Millionen Mark. Weiterhin soll eine Sperre von 2 Jahren für neu zu besetzende Stellen 300 000 M ergeben; ferner soll das Wohnungslohn bei den ledigen Beamten bis zum 45. Lebensjahr um die Hälfte gekürzt und der Fonds für Unterhaltungszulüsse und Beihilfen für höhere und mittlere Beamte in Etappen abgebaut werden. Für die Gemeinden kommen in Württemberg einschneidende Maßnahmen nicht in Betracht. Nur einige Nebenarbeiten in pensionistischer Beziehung sollen beseitigt, ferner soll den Gemeinden die gesetzliche Unterlage dafür gegeben werden, die Gewährung der Vermögensfreiheit von der Feststellung des Bedürfnisses abhängig zu machen. Wie sich aus einer Mitteilung des Kultusministers ergab, werden die Staatszuschüsse an die Kirchen im Verhältnis der fünfprozentigen Beamtenbesoldungsflurung weiter reduziert werden.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter vertrat die Auffassung, daß die auf Grund der Lage nötigen Anordnungen in Württemberg nicht auf dem Wege der staatsrechtlich unrichtigen Anwendung des Notverordnungsrechts, sondern auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung getroffen werden sollten. Im übrigen erlaube er um Mitteilung darüber, auf welche Weise das noch ungedeckte Defizit von etwa 7 Millionen Mark ausgeglichen werden soll. Der Finanzminister stellte für diesen Ausweg eine weitere Verordnung in Aussicht, über die etwa im November verhandelt werden soll.

Auf Antrag der Sozialdemokratie wurden die Verhandlungen dann ausgesetzt, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Plänen der Regierung zu geben.

Gefahr hinzuweisen, die dem Geiste der Badischen Verfassung Gewalt antut und den staatspolitischen Einfluß der größten Koalitionspartei über den jetzigen Zustand hinaus steigert. Ganz unangenehm muß dies die dauernde Befragung des Staatsministeriums durch einen Zentrumsmann im Gefolge haben, vor allem aber würde die Position der Minister total verändert, und in der Frage der Ministerverantwortlichkeit gegenüber dem Landtag müßten sich bald mäandrierende Konsequenzen einstellen. Die politische Verantwortung vor dem Lande und vor den Wählern aber bliebe den übrigen Koalitionsparteien wie bisher.

In der 11. Sitzung des Badischen Landtages vom 19. März 1919 führte der Berichterstatter über die neue badische Verfassung aus, „der Präsident des Staatsministeriums, der den Titel Staatspräsidenten hat, sondern nur eben den Namen, wird immer nur auf ein Jahr gewählt. Das Staatsministerium führt die Geschäfte im Namen der Gesetze. Es ernannt die Beamten, soweit nicht durch Gesetz die Ernennung der Beamten auf einzelne Minister... übertragen worden ist. Die Minister sind dem Landtag jederzeit verantwortlich für ihre Geschäftsführung; sie können vom Landtag jederzeit abberufen werden.“

Die Verfassungskommission von 1919 hatte über diese Rechtsfrage eine eingehende Debatte. Ein demokratischer Antrag wollte die Minister vom Staatspräsidenten, der immer für eine Landtagsperiode gewählt werden sollte, berufen und entlassen lassen. „Befiehlt der Landtag, die Minister oder einzelne derselben zu berufen, so ist dem Staatspräsidenten kein Verbot zu tun, dem neuen Minister zu berufen.“ Dieser Antrag wurde ausdrücklich zurückgewiesen. Im Jahre 1924 machte das Zentrum einen Versuch, die „aktuelle“ Wahl des Staatspräsidenten zu beschleunigen und die Amtszeit desselben auf längere Fristen festzusetzen. Eine Landtagsmehrheit stimmte diesen Antrag nicht zu.

Das Staatsministerium ist als oberste Staatsbehörde u. a. auch zuständig zur Verbelegung von Rekursen gegen die Entscheidungen der Minister in solchen Fällen, in welchen es sich um Kränkung verfassungsmäßiger Rechte handelt. Wie dann, wenn der Staatspräsident derartige Entscheidungen der Ministerien von vornherein beeinflusst hat und die Minister so entschieden, wie es der Staatspräsident wünscht? Es müßte somit eine andere, eine neue Rekursinstanz eingeführt werden.

Ohne irgend einer Koalitionspartei zu nahe treten zu wollen, geht unsere unmaßgebliche Meinung dahin: die angekündigte Zusammenfassung der Verantwortlichkeit der Minister in der Person des Staatspräsidenten ist nicht durchführbar. Eine Verfassungsänderung kann aber auch nicht in Frage kommen, denn der jetzige Zustand hat keine Ursache zu berechtigten Beschwerden gegeben. Eine regelmäßige Abberufung der Minister durch den Staatspräsidenten ist auch nicht statthaft, er beschränkt entgegen dem klaren Wortlaut der Verfassung die Zuständigkeiten der Minister. Was der einzelne Minister tut oder verläumt, wie er sein Amt führt, darüber kann nur das Staatsministerium in kollektiver Behandlung zu Gericht sitzen, Berichte einfordern und Anweisungen erlassen, soweit diese nicht das Prinzip der Ministerverantwortlichkeit gegenüber dem Landtag verletzen.

Es bliebe nun noch über die Motive dieser im Landtag angekündigten Maßregel zu sprechen. Ueber diese ist nichts mitgeteilt worden. Hoffentlich geschieht dies noch, ehe der jetzige Reichsausschuß ausgeteilt wird. Kommt es dazu, dann wird der Herr Staatspräsident bald eine größere Verwundung mit sich haben, und aus dem Bedürfnis des Sparens wird sich bald wieder ein solches zum Mehr-Geld-ausgeben entwickeln.

Freistaat Baden Staatsministerium und Sparvorschläge für Finanzministerium

Dem Landtag ist jetzt auch die Darstellung der Stellungnahme des Staatsministeriums zu den Anträgen der Sparkommission zugegangen, soweit sie die Finanzverwaltung betreffen. Das Staatsministerium stimmt den Vorschlägen im wesentlichen zu. Es soll u. a. die Frage der einheitlichen Leitung des gesamten staatlichen Bauwesens durch das Finanzministerium geprüft werden. Bei der Fortführung will man die Stelle eines Kollegialmitglieds einleiten. Auch wird an die Einsparung von vier Forstämtern und die Aufhebung von zehn Forstbezirken gedacht. Die Holzsurichtungsstellen sollen gekürzt werden. Dem Vorschlag, daß die Wasser- und Straßenbaudirektion dem Ministerium angegliedert und ihr Leiter gleichzeitig Referent für das Gebiet der Wasser- und Straßenbaudirektion werden sollte, wird grundsätzlich zugestimmt. Die räumliche Angliederung scheitert aber vorerst an dem erheblichen Bauaufwand, der für die Erweiterung der Diensträume im Gebäude des Finanzministeriums erwächst. Das Kulturbauamt Donauechingen soll mit dem dortigen Wasser- und Straßenbauamt zusammengelegt werden. Die Frage der Aufhebung von zwei weiteren Wasser- und Straßenbauämtern wird geprüft. Zustimmung fand der Vorschlag, daß die staatlichen Steinbruchunternehmungen dazu übergeben sollen, ihre Anlagen nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten aufzustellen. Hinsichtlich der Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung war im Spargutachten darauf hingewiesen worden, daß der dafür aufzubringende Betrag von rund 25 Millionen Reichsmark, d. h. 21,6 Prozent des gesamten Bedingungsanwands, eine außerordentliche Belastung für die Staatskasse darstelle. Die Kommission schlug vor, den Aufwand dadurch zu vermindern, daß die Verwaltung sich künftig mehr als bisher darauf beschränkt, nur die mit eigentlichen Hoheitsaufgaben des Staates befaßten Arbeitskräfte im Beamtenverhältnis, also mit Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung, anzustellen. Das Staatsministerium erklärt dazu, daß obigem Grundsatze zuzustimmen sei. Die Prüfung, ob das finanzielle Ergebnis die Durchführung rechtfertigt, soll vom zuständigen Minister von Fall zu Fall geprüft werden.

Endberatung des Spargutachtens im Haushaltsausschuß

Aus dem Haushaltsausschuß des badischen Landtages schreibt man uns:
Am 23. ds. Mts. führte der Haushaltsausschuß seine Beratung des Spargutachtens über das Finanzministerium zu Ende. Die Anträge der Berichterstatter, die mit denen des Staatsministeriums im wesentlichen einig gingen, wurden angenommen. Zu den einzelnen Punkten wurde in eine Aussprache eingetreten, so besonders bei der Forstverwaltung. Hier wurde von den Sozialdemokraten angeregt, nach bayerischem Muster die Bezirksverwaltung umzubilden und kritisiert, daß bezüglich der Forstarbeiterlöhne die Vergleichsweise mit Württemberg bis 1927, nicht aber bis 1930 geführt worden sind. Ferner, daß Arbeiter, die durch Senkung der Holzsurichtungsstellen arbeitslos werden würden, beim Wegbau Beschäftigung finden sollen. Auch ein Zentrumredner unterstützte diesen Gedanken. Aus den Ausführungen des Finanzministers war zu entnehmen, daß eine Änderung in der Besetzung der Forstämter nicht im Interesse der Waldpflege liegen würde.
Der Abschluß der Beratung brachte noch eine Aussprache über den Abbau der Gebäudebesondersteuer, nach Aufhebung des § 7a, wozu aus dem Frühjahr Anträge der Liberalen Volkspartei und der Wirtschaftspartei vorliegen. Die Antragsteller waren nicht in der Lage, für den Ausfall von 750.000 Mark andere Einnahmequellen aufzuweisen. Selbst der Vertreter der Wirtschaftspartei gab zu, daß der gegenwärtige Augenblick für die Beratung solcher Anträge nicht geeignet sei. Die Regierung wurde beauftragt zu prüfen, in welcher Weise Mittel beschafft werden könnten, im Falle den Anträgen stattzugeben werde.

Nochmalige Gehaltshürzung?

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Karlsruhe:
Die Entwicklung der Finanzlage nötigt die badische Regierung, die schon seit einiger Zeit vorbereitete weitere Notverordnung, die auf Grund der Dietzmann'schen Notverordnung des Reichspräsidenten erlassen werden wird, zu beschleunigen. Die Verordnung wird, wie jetzt mit Bestimmtheit verlautet, weitere Abstriche an den Beamtengehältern vornehmen. In welcher Weise und in welchem Umfang die Abstriche erfolgen, scheint noch nicht endgültig festzustehen. Vermutlich besteht nach wie vor der Wunsch, zu einheitlichen Beschlüssen mit den übrigen süddeutschen Regierungen zu gelangen.

Tagung der Unternehmerverbände

Konstanz, 23. Sept. Die wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände, Abteilung Baden, hielt in Konstanz eine Tagung ab. Es wurden die wirtschaftlichen Fragen der Zeit behandelt und dann eine Aussprache geschlossen. Es sprach der Landwirtschaftsminister Dr. von Gensberg (Karlsruhe) über die wirtschaftliche Entwicklung der Gegenwart und über die Gefahren, welche heute der kapitalistischen Wirtschaftsordnung drohen. Vom Standpunkt des Handels und der Industrie aus betrachtete Präsident Dr. Genel (Mannheim) die Lage der Wirtschaft. Er wies besonders auf die Fruchtbarmachung der Forderung des Deutschen Industrie- und Handelskongresses hin. Handwerkskammerpräsident Dr. Serfurth (Konstanz) sprach über die Schwierigkeiten des Handwerks in der Gegenwart. Ueber das Thema „Die geplante Reichsreform“ sprach der Präsident des Bundes zur Erneuerung des Reiches, Reichswehrminister a. D. Dr. Gehler. Er legte die Entwicklung dar, die in Norddeutschland dazu dränge, daß sich die kleinen Staaten immer mehr an Preußen anschließen. Die süddeutschen Staaten hielten an der Eigenstaatlichkeit fest. Dazu sei die Herstellung einer süddeutschen Einheitsfront notwendig, wenigstens nach der Richtung hin, daß eine Sicherung der neuen Zuständigkeitsverteilung gegenüber dem „Gesetz der Zahl“ erfolge.
Am interessantesten an diesem Bericht ist wohl, daß aus ihm nicht hervorgeht, welche Wege sich die Herren zur Wirtschaftsanleitung denken. Wer jedoch die Namen kennt, ist sich über ihren Kurs klar.

Aus aller Welt

Erster Schnee in München

München, 23. Sept. Die kalte und fortgesetzt regnerische Witterung, die bereits im bayerischen Oberland zu Schneefällen geführt hat, hat auch München seinen ersten Schnee gebracht. Heute früh ging ein Schneefall nieder, der die Dächer mit Weiß bedeckte. Das winterliche Bild war jedoch nicht von Bestand. Nach einer weiteren Meldung ist in ganz Südbayern ein Winterniederschlag erfolgt, wie er in diesem Ausmaß im September seit vielen Jahren nicht mehr erlebt wurde. Im bayerischen Allgäu schneit es seit über 24 Stunden fast ununterbrochen. Selbst im Flachlande fällt der Schnee in dichten Kloden. Rüssen hatte heute früh eine Schneehöhe von 5 bis 6 Zentimetern; in den Bergen liegt der Schnee bis zu einem Meter hoch. Starke Schneeverwehungen führten zu schweren Verkehrsstörungen. Auf der Kreisstraße mündete ein Auto aus dem Schnee geschaukelt werden. Das Bild sieht fahrgastweise zu Tal.

Drei Personen ermordet

Dortmund, 23. Sept. Der Kaufmann Eduard Mojer, seine Frau und seine Schwiegermutter wurden in ihrer vollkommen burgwärtigen Wohnung mit grauenhaften Verletzungen tot aufgefunden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Ein Toter und zwei Verletzte beim Fußballspiel

D3. Friedberg, 23. Sept. Gelegentlich eines Fußballspiels in Oberwölfelstriedt erlitt ein Spieler einen Brusterguß, ein zweiter trug einen Bruch des Halswirbels davon, ein dritter Spieler aus der gleichen Mannschaft kam mit einem Bruch der Wirbelsäule ins hiesige Krankenhaus. Dort ist er anderen Tages gestorben.

Gefängnis auf vier Wochen geschlossen

D3. Gernersheim, 23. Sept. Ab Montag wurde das hiesige Amtsgerichtsgefängnis auf die Dauer von vier Wochen geschlossen. Die Schließung bedeutet eine Sparrmaßnahme des Staates während der Zeit, in der sich der Gefängnisverwalter in Urlaub befindet. Sämtliche Strafgefangenen kommen vorübergehend ins Landauer Landesgerichtsgefängnis.

Majennhörung wegen Vnndung

Mexiko-Stadt, 24. Sept. (Puntdienst.) In der Ortschaft Auadulce im Staate Tabasco wurden 85 Einwohner im Zusammenhang mit der Vnndung des Ortsbürgermeisters handrechtlich erhandelt. Die Vnndung erfolgte auf Anordnung des Staatsgouverneurs.

Stettiner Mörder in Kiel verhaftet

Stettin, 23. Sept. Wie feinerzeit gemeldet, wurde am 18. d. M. der Schläger Witte Labowia in ihrer Wohnung in Stettin erhandelt aufgefunden. Die Tat war von zwei Männern verübt worden, von denen sich der eine nach Kiel abwandte. In Kiel ist er am Montag auf dem Altmarkt von Kriminalbeamten festgenommen und inzwischen nach Stettin transportiert worden. Der zweite Täter soll nach Süddeutschland geflüchtet sein.

Verschleppt?

Ein neuer Schwindel um die Fremdenlegion

Dieser Tage wurde von Lindeburg aus eine Meldung verbreitet, nach der zwei Franzosen, die einen Zehnergehalt monatlich erhalten sollten um in die Fremdenlegion zu verschleppen, zu Leide zugehen. Zu Ohnhaas wurde rechtlich worden sein sollten. Die Meldung wurde von der badischen Presse aller Widrigkeiten übernommen.

SPD. Einige die Sachlage in den verschiedenen Polizeibehörden, die das Ressort Fremdenlegionswesen zu bearbeiten haben, läßt sich sehr deutlich über die Kunde aus Lindeburg, und auch das städtische Rädchen nur am Platz. Denn prompt erwies sich die Nachricht als von A bis Z frei erfunden, als hundertprozentiger Schwindel! Jemand ein halbtotiger Schwärmer hatte renommierenshalber erzählt, seinem Bruder sei solches widerfahren und er selber habe jetzt ein Schreiben erhalten, daß die Verschlepper zu Zuchthaus verurteilt worden seien. Das genüge einem Zeilenläufer, der hinreichend abnumeros oder hinreichend gewissenlos oder

eine hinreichende Mischung von beidem war, um die sensationell aufgeputzte Meldung in die Presse zu geben.

Daß die Fremdenlegion der vielgerühmten Zivilisation des zwanzigsten Jahrhunderts alles andere, als Ehre macht, bedarf keiner Herbeiderhebung. Da die armen Teufel, die ihre Uniform tragen, nicht nur in allen Kolonialkriegen Frankreichs als billiges Konononfutter verbraucht werden, sondern auch zu einem Dunaerlöb und unter unwürdigen Arbeitsbedingungen bei Straßen-, Farnern- und Bahnhofsbauten hart schanden müssen, unterliegt der Mensch in dieser Truppe militärischer Unterordnung plus kapitalistischer Ausbeutung. Für den Sozialisten gibt es also angesichts der Fremdenlegion nur eine Lösung: Fort mit ihr!, und die Forderung erheben auch unsere französischen Parteifreunde bei jeder Gelegenheit. Aber eines hat die Legion nicht nötig, Werbepagenten auszusenden, die mit Versprechungen, mit List oder mit Gewalt Rekruten einfangen; sie kann der bezahlten Werber aus einem sehr einfachen und banalen Grunde völlig entzogen: sie verliert, namentlich seit dem Weltkrieg, über einen unbeschäftigten und unbeschäftigten Werber, der heißt Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit, der Hunger treibt besonders aus Deutschland, aber auch aus den anderen betroffenen Ländern der Legion Rekruten in solchen Scharen zu, daß nicht nur ihre verschiedenen, sehr starken Infanterie-, Kavallerie- und Artillerieformationen überfüllt sind und ständig um neue Kadern erweitert werden, sondern daß auch in sonstigster Stellung nur die kräftigsten und gesundesten der Anwärter genommen werden. Da zwei Fünftel aller sich Meldenden als untauglich abgemessen werden, wären die französischen Heeresbehörden irrtümlich, wollten sie Gelder für eine so überflüssige Einrichtung wie Werber zum Fenster hinauswerfen. Die Berichte über Werber, die junge Menschen mit Bier, Schnaps, Zigaretten oder Schokolade betäuben und dann im Auto über die Grenze bringen, sind deshalb ausnahmslos Märchen. Schon im Vorkriegsdeutschland erhielt der Abgeordnete Dr. Müller-Meinigen im Reichstag einmal von der kaiserlichen Regierung auf eine kleine Anfrage den Bescheid: „Die Behauptung, daß auf deutschem Boden eine Werbetätigkeit ausgeübt werde, hat sich bisher in keinem Falle erweisen lassen und hat sich in vielen Fällen als erfunden herausgestellt“, und solche Werber gibt es heute erst recht nicht!

Wenn gleichwohl diese Fabel immer wieder auftaucht, so einmal deshalb, weil deutsche Legionäre, nach Ablauf ihrer Dienstzeit oder nach gelungener Flucht in die Heimat zurückkehrend, sich schämen, ihren freiwilligen Eintritt auszusprechen und lieber der Welt den Vären von der Betäubung und Verschleppung aufbinden. Dann legt wohl im Unterbewußtsein des Volkes auch noch eine Erinnerung an die Werber Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II.; die „langen Kerle des „Soldatenfornias“ und das Kanonensputter der Salschischen Kriege und des Siebenjährigen Krieges wurden in der Tat auf die beschriebene Art zusammengefaßt, und wenn die Zeit auch noch keine Zigaretten und Autos kannte, so ging es mit einem halben Liter Schnaps und einer Koffeinkeule ebenso auf. Unschuldige aber ist auch Frankreich nicht an der Verbreitung solcher Gerüchte. Der Artikel 179 des Versailler Friedensvertrages legt Deutschland die Verpflichtung auf, „deutsche Reichsangehörige zu hindern, deutsches Gebiet zu verlassen, um in die Armee, Marine oder die Luftstreitkräfte irgend einer fremden Macht einzutreten“, aber, heißt es weiter: „Diese Bestimmung berührt nicht das Recht Frankreichs, gemäß den französischen Militärverträgen und Bestimmungen Rekruten für die Fremdenlegion anzuwerben“. Durch diesen Paragraphen wagt sich Frankreich lediglich das Recht, Deutsche in die Legion einzustellen, keine Festlegung erlaubt jedoch die fälschliche Auslegung, als plane Frankreich Legionen nach Deutschland zu entsenden.
Wenn man die nächste Fremdenlegionswerbung entziffern will, abermals Anlaß zu offener oder verdeckter Hebe gegen Frankreich liefern? Eine der Aufgaben der sozialdemokratischen Presse ist es, dieser wie jeder Seite wirksam entgegenzutreten. Nicht den Legionenwerbern gilt es das Handwerk zu legen, weil es sie nicht gibt, sondern den Brunnenenergieffern, die mit dem Schwindel um den Legionenwerb gegen Frankreich und gegen die deutsch-französische Verständigung die öffentliche Meinung aufputschen.

Gewerkschaftliches

5 prozentige Gehaltshürzung für die badischen Staatsangestellten

D3. Karlsruhe, 23. Sept. Der Schlichter für Süddeutschland hat einen Schiedspruch gefällt, demzufolge für die badischen Staatsangestellten eine Gehaltshürzung von 5 Prozent wie für die badischen Beamten eintreten soll. Die Freigrenze soll allerdings statt 2000 RM, wie sie für die Beamten festgelegt wurde, 2600 RM betragen. Vorgegeben ist ferner eine andere Abstaffelung des Wohnungszulages in Höhe von 30 bis 50 Prozent, während der Wohnungszulage für die außerplanmäßigen Beamten nach einer Erklärung des Finanzministers im badischen Landtag einheitlich auf 30 Prozent festgesetzt worden ist.
Obiger Schiedspruch ist heute von sämtlichen Parteien angenommen worden.

Protest der Eisenbahner

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands protestiert gegen die unheilvollen Auswirkungen der Sparmaßnahmen der Reichsbahnverwaltung. So beschließt die Verwaltung, im Zugbediensteten noch weiteres Personal abzubauen. Gütersüge bis zu 60 Tönen sollen nur noch mit einem Zugbegleitenden gefahren und den Personenzügen in Zukunft 30 luftabreife Güterzüge ohne besonderen Zugbegleiter angehängt werden. Durch diese Sparmaßnahmen wird ohne Zweifel die Betriebssicherheit aufs Spiel gesetzt. Abgegeben davon sind die Ausfahrten der Zugführeranwärter, niemals zum Zugführer befördert zu werden, immer weiter. Seit Jahren warten schon 7000 Anwärter vergeblich auf eine Beförderung zum Zugführer.

65 Prozent der Mitglieder arbeitslos

Nach einer Erhebung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes waren Ende August 65 Prozent seiner Mitglieder entweder gänzlich arbeitslos oder Kurzarbeiter. Die Lage im Monat August hat sich besonders ungünstig. Das eine Fünftel der Mitglieder wurde erneut von Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit betroffen. Am schwersten ist von der Krise die Zigarettenbranche erfaßt. Die höchste Zahl der Kurzarbeiter hat die Zigarettenbranche. Am günstigsten stehen noch die Verhältnisse in der Raubarbeiterbranche.

Oesterreichischer Gewerkschaftskongress

Wien, 21. Sept. (Via. Draht.) Am Montag wurde im großen Saal des Oesterreichischen Arbeiterheimes der erste Kongress der Freien Gewerkschaften Oesterreichs durch Nationalrat Janacek eröffnet. Er wies darauf hin, daß einen Tag nach dem Heimwehputz von den Pariser Banken der Schilling nicht angenommen wurde. Trotzdem müßte man erleben, daß die Putschisten in Oesterreich wieder froh werden. Den Arbeitern im alpinen Gebiet dankte der Redner für ihren Mut, mit dem sie zur Gewerkschaft stehen. Janacek verlas dann ein Schreiben des Obmannes des Gewerkschaftsbundes Oesterreich, in dem dieser seinen Entschluß mitteilt, mit Rücksicht auf sein hohes Alter von seinem Amt Abschied zu nehmen. Bürgermeister Seis, der die Größe des Vorhabens der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs übermittelte, erklärte, Gewerkschaften und Partei würden gemeinsam gegen alle Anschläge auf die Lebenshaltung der Arbeiter zu kämpfen wissen. Die Größe der Gewerkschaftsinternationale überbrachte Schevenels. Im Namen der Freien Gewerkschaften Deutschlands betonte Hermann Müller-Richtenberg, daß wenn der oesterreichische Putsch gescheitert wäre, das ein Signal für die Reaktion aller Länder bedeutet hätte. Die oesterreichischen Arbeiter seien das Bollwerk gewesen, an dem der Putsch zerbröckelt sei.

LEIPHEIMER & MENDE

Herrnstoffe

Hohe Qualitäten zu
niedrigsten Preisen

bei größter geschmackvollster
Auswahl



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

24. September.

1802 Habichtem, russischer Vorkämpfer für Aufhebung der Leibeigenschaft. — 1880 Chirurg Robert Friedr. Wilms. — 1904 Mediziner Finje, Erfinder der Lichttherapie. — 1922 Einigungs-tonare der SPD und USPD in Nürnberg. — 1923 Abbau des passiven Widerstandes an der Ruhr beschlossen. — 1928 Theaterbrand in Madrid (über 100 Tote).

Die deutschen Städte und ihre Theater

Karlsruhe gewährt 4,32 Mark Zuschuß pro Kopf der Bevölkerung

Direktor Professor Dr. Schott (Mannheim) behandelt in der letzten erschienenen zweiten Lieferung des 26. Jahrgangs des Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte die Lage der Theater und Orchester im Betriebsjahr 1929/30. Nach dieser, mit einer Fülle von Material ausgestatteten aufschlußreichen Darstellungen belief sich 1929/30 bei allen deutschen Städten mit mehr als 30 000 Einwohnern (rund 90 Orte) der Betriebszuschuß an die eigenen und fremden Theater und Orchester auf 57,3 Millionen Mark. Hier von entfallen auf die Theater 48,8 Millionen Mark, auf die Orchester 8,5 Millionen Mark.

Den höchsten städtischen Zuschuß auf den Kopf der Bevölkerung gewähren danach folgende Städte: Darmstadt (8,28 M.), Freiburg i. Br. (8,16 M.), Heidelberg (7,88 M.), Mannheim (7,15 M.), Aachen (6,84 M.), Wiesbaden (5,79 M.), Bonn (5,82 M.), Koblenz (5,14 M.), Duisburg (5,13 M.), Frankfurt a. M. (4,97 M.), Augsburg (4,87 M.), Münster i. W. (4,85 M.), Hannover (4,83 M.), Mainz (4,78 M.), Düsseldorf (4,54 M.), Köln a. Rh. (4,44 M.), Erfurt (4,47 M.), Donaueschingen (4,35 M.), Karlsruhe (4,32 M.), Nürnberg (4,30 M.).

Das Personal der städtischen Theater und Orchester belief sich in allen deutschen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern am Ende der Spielzeit 1929/30 auf rund 15 200 Personen, darunter rund 2500 Arbeitskräfte.

Besonderere Beachtung verdient in den heutigen Verhältnissen die Zahlen über den Besuch der Theater. Der Ausnutzungsgrad des Zuschauerraumes ist örtlich außerordentlich verschieden. Rechnet man die Mitglieder der Theatergemeinschaften in die Gesamtbesucherzahl ein, so hatten im Spieljahr 1929/30 unter den Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern die größte Ausnutzungsquote der Zuschauerräume die Stadttheater Gelsenkirchen mit einem Prozentfuß von 96,4 und Buer i. W. mit dem Satz von 90,7. Wenigstens tiefer liegt aber dann schon die nächste Stadt der Rangliste, Chemnitz (Opernhaus) mit dem Satz von 76,1 Prozent. Weit aus der geringsten Ausnutzungsquote entfällt auf die Städte Mannheim (Rosengarten) und Dortmund (Burgwalltheater) mit 24,3 und 23,4 Prozent. Alle anderen deutschen Städte über 200 000 Einwohner liegen über der Grenze von 40 Prozent.

Die Gesamteinnahmen der städtischen Theater und Orchester der 27 größten deutschen Städte im Spieljahr 1929/30 erreichten den Betrag von 63,5 Millionen Mark. Dem steht allerdings ein persönlicher Aufwand von über 50 Millionen Mark gegenüber, von dem 26,4 Prozent auf die Orchester, 29,9 Prozent auf die Sollsätze der Oper und 18,9 Prozent auf das technische Personal entfallen. Auf die Sachausgaben trafen 1929/30, einschließlich des Bauaufwandes, reichlich 18 Millionen Mark, d. h. der vierte Teil der Personalkosten.

Lump, charakterlose Kreaturen . . .

Verurteilung des Geschäftsführers Jakob Senn über die Arbeitsgerichtsberichte des Volksfreund

besch. In einer Privatfrage fanden sich die Vertreter zweier fleißiger Lebensmittelgroßhandlungen gegenüber. Der Geschäftsführer der Firma Trombacher u. Co. war angeklagt, einen Kellner einer hiesigen Kolonialwarengroßhandlung und Ausrüstungsabrik beleidigt zu haben. Der tiefere Grund dieser Klage dürfte wohl in geschäftlichen oder Konkurrenzgründen zu suchen sein. Der angeklagte Geschäftsführer Jakob Senn hatte in einem Brief der Geschäftsleitung der Konkurrenzfirma mitgeteilt, daß ihre Kellner sich beim Besuch der Kundenschaft sich des unsofortigen Wettbewerbes bedienten, indem sie Preisvergleiche anstellen sollten und den Käufern den Mehrpreis vorrechneten. In dem Brief war aber weiter auch die Rede von Lumpen und charakterlosen Kreaturen, die nicht wert sind, ihr Brot im Kaufmannstand zu verdienen, die der Kläger Eugen K. aus Weingarten auf sich bezog und Beleidigungsklage erhob. Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Marum, sagte dem Geschäftsführer auch, daß der Ehrenschimpf eines kleinen Kellners genau so groß sein muß, wie der eines Geschäftsführers. Wären umgekehrt die Beleidigungen gefallen, so hätte gar kein Zweifel an der beabsichtigten Wirkung bestanden. Da der Geschäftsführer lediglich feststellte, daß er den Kläger nicht meinte und da er den Namen des Betroffenen nicht annah, so wurde der Geschäftsführer zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Doch Herr Jakob Senn auch auf den Volksfreund ist es leicht zu sprechen ist, hat er bei dieser Gelegenheit offen bekundet. Besonders die Arbeitsgerichtsberichte haben es ihm angetan. Die nach seiner Auffassung heikleren Artikel sind. Wir verstehen die Feindschaft des Herrn Jakob Senn gegen uns. Sie ehrt uns außerordentlich, denn wer in seinem Betrieb derart unvorsichtige Arbeitsverhältnisse hat wie die Firma Trombacher u. Co., der kann kein Freund zu einem Arbeiterblatt sein, wie es der Volksfreund ist. Mit einer solchen Feindschaft kann höchstens der Führer beglückt werden. Mag also Herr Jakob Senn die Berichte des Volksfreunds über die Arbeitsgerichtsaktionen als heikel bezeichnen wie er will, uns geniert es wenig, wir werden nach wie vor — wie es uns beliebt — die arbeiterfreundliche und sozialreaktionäre „Rundschau“ des Arbeitsgerichts in unserer Zeitung brandmarken, auch wenn die Firma Trombacher u. Co. dabei ist. Wer seine Arbeiter anständig behandelt und das Tarifrecht nicht verachtet, der wird allerdings nie in der „Ehrenliste“ der Arbeitsgerichtsberichte aufgeführt sein. Möge auch Herr Jakob Senn darnach handeln, dann braucht er sich auch nie wegen „Beleidigungen“ des Volksfreunds aufzuregen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Die technische Leitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hatte auf Samstag, 19. September, zu einer Veranstaltung der Schulformation (Schule) die Kameraden der Ortsgruppe und ihre Angehörigen eingeladen. Schon eine halbe Stunde vor Beginn war der Saal des „Elefanten“ dicht besetzt. Die Kameraden von der Stammbildung (Staf) und ihre Angehörigen waren in stattlicher Anzahl erschienen, so daß bald nicht nur der Saal, sondern auch die Wirtschaftsräume dicht besetzt waren. Pünktlich eröffnete

Wahn-Europa

Reußersteindrucksvoll verlaufene Parteiverammlung für europäische Verständigung

Wahn-Europa! Ein Wort von aktuellstem Inhalt! Es war zur gestrigen Parteiverammlung als Vortragsthema bestimmt und der vollbesetzte „Elefanten“-Saal bewies, welche großes Interesse diesem Referat entgegengebracht wurde. In 1 1/2 Stunden, den furchtbaren Ernst der Lage Europas kennzeichnenden Vortrag behandelte Genosse Reichstagsabg. Schöpflin das Thema. Sowohl der politische, militärische und wirtschaftliche Wahn, von dem Europa gezeigelt wird, fanden gebührende Würdigung, nicht minder aber auch der sozialreaktionäre Wahn, wie er insbesondere auch das deutsche Unternehmertum beherzigt.

Der politische und militärische Wahn Europas

Zum Ausgangspunkt seiner Darlegungen nahm der Referent die politische Lage vor Ausbruch des Krieges und erinnerte an die Worte Bethmann-Hollweg bei Kriegesbeginn, daß der Krieg eine Katastrophe von unvorstellbarem Ausmaß sei. Aber niemand habe daran gedacht, welche furchtbare Katastrophe er über ganz Europa bringen würde. Gen. Schöpflin vermahnte aber auch darauf, daß vor dem Krieg nur die Sozialdemokratie es war, die auf die katastrophalen Folgen des imperialistischen und militaristischen Wahns aufmerksam machte und die Völker davor gewarnt hat. Er legte lobend dar, daß wir seit 1. August 1914 aus den Katastrophen überhaupt nicht herauskommen sind und heute würden wir uns in einer neuen Periode der Katastrophe befinden und zwar von einem Ausmaß, von dessen Ende wir uns kein Bild machen können. Mit dieser Erkenntnis mußte die Tatsache vernommen werden, daß mit der Beendigung des Krieges der Wahn nicht auch sein Ende fand und die Konsequenzen aus den vorerwähnten Zuständen nicht gezogen wurden. Man diktirte Friedensverträge mit draconischen Bestimmungen, zog willkürliche Grenzen, das gegenseitige Mißtrauen besteht weiter, die Angst ist das stärkste Element in der europäischen Politik; alles Urachen genau, die den todkranken Erdteil Europa nicht zur Ruhe kommen lassen. Genosse Schöpflin vermahnte, daß nicht alles hinweggeräumt wurde, was für den gemeinsamen Heilungsprozeß hinderlich war.

Einen großen Teil seiner Ausführungen widmete der Redner einer Betrachtung über den Völkereid. Er beschränkte das Ergebnis des Völkereides, bei aller Sympathie für ihn, als ein zu mageres. Zerstückelung und Mißtrauen noch härter wie 1914! Anstatt die erhoffte friedliche Ausstrahlung von Sirenenstimmen am Verhandlungstisch sogar während der Ratstagung, Beginn blutiger Auseinandersetzungen in Ostfront. In Verbindung mit dem Völkereid kam der Referent auch auf die Küstungen zu sprechen, die dem Stande von 1914 gegenüber in quantitativer wie qualitativer Hinsicht eine bedeutende Überlegenheit aufweisen. Seine Ausführungen über den Stand der Luftstreitkräfte und die Wirkung eines Luftkrieges ließen den Wahn eines neuen Krieges mit all seiner Schrecklichkeit und Unmenslichkeit so recht erkennen. Man stelle sich vor: Innerhalb weniger Stunden nach einer Kriegserklärung können Grenzstädte durch Gasgranaten zerstört sein, was den Tod tausender wehrloser Menschen im Gefolge hat. Dazu der Bakterienkrieg, der ebenfalls dieselbe Wirkung auslöst. Nach Ansicht des Referenten ist aber durch die ungeheure Rolle der Luftmacht in einem zukünftigen Kriege die Möglichkeit zur Abwendung schneller gegeben wie früher. Verständigung ist anzustreben, wenn nicht Europa durch einen neuen Krieg nicht nur kulturell, sondern auch materiell und physisch vernichtet werden soll. Das Bild von heute zeigt aber: In Europa steigt die Zahl der Friedensstagnationen, -reden und -artikel, aber auch die Zahl der Rationen, Tants und Musseuel Redner wies lobend auf den Gesehenswerb am Mittelmeer und in Nordafrika durch die italienische und französische Politik hin und mahnte, eine Politik der Verständigung zu fördern, wobei der Anknüpfung der europäischen Verständigung in der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ist. Er machte auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die u. a.

in der verständigungsfeindlichen Haltung eines großen Teils der Presse in Frankreich und Deutschland zu suchen sind. Mit einem auf die militärische Überlegenheit und Goldmacht drohendes Frankreich glaubt er eine Verständigung nicht leicht zu finden, aber trotzdem ist ein Erfolg nicht ausgeschlossen.

Der wirtschaftliche Wahn

Daß Gen. Schöpflin bei Behandlung des Themas „Wahn-Europa“ auch auf die wirtschaftliche Seite zu sprechen kam, ist ja selbstverständlich. Er apostrophierte dabei zuerst die europäische unvernünftige Wirtschaftspolitik, die geradezu ein Beden unersetzlichen hervorgerufen habe: Bankrott, Wanken der Kurse, Finanzstille Schwierigkeiten in Reich, Ländern, Gemeinden, Konzentration der Goldvorräte, Umschlag der Arbeitslosigkeit, Abschaffung der Goldwährung und Einführung des Scheingelds in England usw. Eine Lase, die so recht die Wirtschaftsverwirrung durch den Kapitalismus zeigt.

Der Generalangriff der Unternehmer

Zu dem politischen, militärischen und wirtschaftlichen Wahn in Europa gefügt sich noch der Generalangriff der Unternehmer auf die sozialen Erzeugnisse der Arbeitnehmerschaft. Mit Recht wies Redner darauf hin, daß dieselben Industriebesitzer, die die Krisis nicht gemeißelt haben, einia sind in dem Willen, den Arbeitnehmern ihre sozialen Erzeugnisse zu nehmen, sie zu einem Sklavendasein herunterzubringen. Er sprach von der Gefahr von Explosionen, die ein derartiges arbeiterfeindliches Vorgehen auslösen könne. Wehe der Welt, wenn die Unternehmer all das vernichten wollen, was die Arbeiterschaft erobert hat und zwar nicht zuletzt auch im Interesse des Staates.

Schafft uns die Macht — Treue zur Partei

Auf diese Notwendigkeit machte Gen. Schöpflin eindringlich aufmerksam. In keinem Lande hat die Sozialdemokratie die Mehrheit, man verlangt von ihr aber Taten, die nur eine Mehrheit, wie z. B. in Wien, zu vollbringen vermag. Die Sozialdemokratie vertritt mit der Kraft, die ihr zur Verfügung steht, für die arbeitende Bevölkerung herauszubringen was möglich ist. Ihre Macht muß aber größer sein, wenn das Proletariat nicht völlig zerfallen soll. Die Gebildeten da und dort ist menschlich verständlich, aber diese Stimmung darf nicht bestehen.

Genosse Schöpflin berichtet hierauf über ein Erlebnis, über das er sich letzter Tage in der erzgebirgischen Stadt Röhmsen ereignete und begeistern durfte. Trotz eines geradezu trostlosen Glends, das in dieser Gegend herrscht, von dem einenden Hunger fanden sich zu einer Parteiverammlung ein. Ein Mutterbeispiel der Treue zur Partei, aber auch ein Mutterbeispiel von Kampfesmut, Kampfesbegeisterung! Diese Schilderung erweckte tiefen Eindruck bei der Versammlung.

Zum Schluß appellierte der Referent an die Genossen und Genossinnen, ebenso einig, kampfbereit und in Treue zur Partei zu halten, wie diese Proletariat in der Erzgebirge, um das Wahn-Europa zu beswingen im Interesse der europäischen Menschheit im allgemeinen und des europäischen Proletariats im besonderen.

Mit stürmischen Beifall wurde der Vortrag quittiert. Aus Dankschuld bedekte sich, offenbar als Zeichen des Einverständnisses mit dem Referenten, niemand, so daß schon um 10 Uhr die eindrucksvoll verlaufene Versammlung ihren Abschluß erreichte.

Bei Beginn der Versammlung widmete der Vorsitzende Gen. Koch der verstorbenen Genossin Bernauer herliche Gedenkworte, während welchen sich die Versammelten von den Siben erhoben.

Betrunkener Motorradfahrer

Heute früh 4 Uhr wurde am Durlacher Tor von der Polizei ein Motorradfahrer angehalten, der infolge Trunkenheit nicht mehr in der Lage war, sein Fahrzeug ordnungsgemäß zu lenken. Der Motorradfahrer wurde in Gewahrsam genommen und sein Fahrzeug sichergestellt.

Brandstiftungen

In den Kleingärten zwischen Weinbrenner- und Kriegsstraße brannte in vergangener Nacht eine Gartenhütte ab. Die Brandursache konnte noch nicht festgestellt werden.

Befichtigung

des Groß-Rundfunk-Senders Mühlacker

Am Sonntag, 20. September, veranstalteten die Ortsgruppen Karlsruhe des Arbeiter-Radio-Bundes und Arbeiter-Radio- und Kraftfahrerbundes „Solidarität“ gemeinschaftlich eine Fahrt nach Mühlacker zur Befichtigung des dortigen Rundfunksenders. Sonntag früh 7 Uhr bestiegen eine stattliche Zahl Teilnehmer, fast 200 Personen, die hiesigen Autobusse und trockengeföhrt, trotz des einen lebendigen Regens, ans es mit „Wolfgang“ durch Durst und die hiesigen Ortschaften des „Winkels der Goldstadt“ Vorsteim entgegen. Nachdem man letztere hinter sich hatte und in die Nähe des Zieles kam, erblickte man auf einer sanften Anhöhe die beiden mächtigen Funktürme des Senders. Nach Einlass in die Anlage erfolgte unter fach- und laudender Führung die Befichtigung der sehr ausgedehnten und auch für den Laien interessanten Anlage, wie Maschinenraum, Senderaum und zum Schluß ein Rundfunkauf dem Gelände mit Befichtigung der beiden Funktürme. Beim Verlassen der Anlage wurden wir von Vertretern der freien Arbeiterbewegung in Mühlacker in Empfang genommen und begrüßt mit der Mitteilung, daß zu Ehren der anwesenden Gäste, welche sich außer von Karlsruhe noch aus Mannheim, Ludwigsbafen, Heidelberg, Wiesbaden und Heilbronn eingeladen hatten, von 2 Uhr ab in ihrem Festlokal eine kleine Unterhaltung geplant sei, zu welcher der Vertreter von Mühlacker, Gen. Kräfte (in Karlsruhe das „Anfangsamt“), alle einlud. Nachdem in verschiedenen Lokalen das Mittagessen eingenommen war, fand man sich im Lokal zur Kenntnis im Dürren zu einem gemütlichen Beisammeln. Der Willkomm des Gen. Kräfte brachte zum Ausdruck, daß es allen Anwesenden in Mühlacker, von dem man früher nichts oder nicht mehr wußte, als daß es ein Verkehrsnotenpunkt sei, gut gefallen möge. Gen. Schöpflin ergriff die Gelegenheit, um die Mühlacker als Leiter der Arbeiterbewegung bzw. Arbeiterpartei und im wesentlichen die Arbeiterradio- und Kraftfahrerbewegung zum Wohl und Nutzen aller Arbeiter, diesseits und jenseits der badisch-württembergischen Grenzlinie, bei gelanglicher und lohnlicher Unterhaltung vergangen die wenigen Stunden nur zu reich und um halb 6 Uhr mußten die Gäste in den Fahrzeugen wieder eingeordnet sein, um bei schönem Sonnenschein die Heimfahrt anzutreten. Gut und wohlbesetzt landeten um halb 8 Uhr die Teilnehmer auf dem Ludwigsbafen mit dem penenitlichen Wunsch, bald wieder an einer solchen Fahrt teilnehmen zu dürfen. S. S.

Reichsinnenminister Dr. Wirth

Preussischer Innenminister Severing

sprechen am Dienstag, den 23. September 1931, abends 8 Uhr, in einer Rundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Festhalle in Karlsruhe.

Fester und geschlossener denn je muß die republikanisch gesinnte Bevölkerung zusammenstehen, um die Anführer der Reaktion abzuwehren. Erscheint daher in Massen zu dieser Rundgebung.

Am Donnerstag mittag sind auf den Gewerkschaftsbüros Eintrittskarten zum Preis von 30 Pfg. zu haben. Karten im Vorverkauf zum Preise von 1 M sind zu haben im Zigarettengeschäft Fr. Töpfer, Kriegsstraße, und in der Buchhandlung Volksfreund.

Die Polizei berichtet:

Schwere Unfälle

Der verheiratete 35 Jahre alte Blechner Ernst Boche wollte gestern nachmittag vom Ufferkfenster aus in seine verschlossene, im 2. Stock gelegene Wohnung einsteigen und stürzte dabei in den gewitterten Hof. Er wurde mit schweren inneren Verletzungen in das Städt. Krankenhaus eingeliefert, wo er in den Abendstunden starb.

Eine Kriegs- und Schifferstraße fuhr gestern ein Motorradfahrer auf den auf der Kreuzung stehenden Lichtmast auf. Sowohl der Motorradfahrer als auch sein Beifahrer erlitten erhebliche Verletzungen und mußten in das Krankenhaus eingeliefert werden.

Aus Organisationen und Vereinen

Das Sängerkorps 'Hühner' unter Leitung des Dirigenten Dr. R. D. Schilling hielt am vergangenen Samstag bei vollbesetzten Räumlichkeiten im Saale der Bahnhalle sein 3. Stiftungsfest ab. Die gelungene Darbietungen, unter denen sich auch einige vom genannten Dirigenten selbst komponierte Werke befanden, kamen sowohl musikalisch wie auch künstlerisch in hervorragender Weise zum Vortrage. Einige Solofrühe, gesungen von Frau Paula Hermann, wurden daneben. Die anwesenden Gäste anerkannten die Leistungen durch reichliche Beifallsbezeugungen. Für eine Erweiterung der Unterhaltung waren die Herren E. Häußler und W. Feinmann als Kompositoren, Herr Aug. Reinhold als Rezitator, Herr E. Lichtenberger als Humorist und zuletzt Fräulein Paula Siebert, Schülerin der Landschule 'Sonntag-Siebert', als Tänzerin gewonnen worden. Auch für die Anerkennung der Leistungen wurde mehrfach Beifall geleistet. Am Schluß sorgte die Musikabteilung für eine flotte Tanzunterhaltung.

(.) Ständchen. Das Männerquartett des Gesangsvereins 'Frohlinn' in Kellern brachte unter Leitung des Herrn J. Ruf am letzten Sonntag den Festabend des hiesigen Altersheim ein wohlgeklungenes Ständchen. Wieder von Beethoven, Schiller, Baumgarten und zuletzt Fräulein Paula Siebert, Schülerin der Landschule 'Sonntag-Siebert', als Tänzerin gewonnen worden. Auch für die Anerkennung der Leistungen wurde mehrfach Beifall geleistet. Am Schluß sorgte die Musikabteilung für eine flotte Tanzunterhaltung.

Badisches Landesbühnen. Dr. Richard Strauß trifft am Donnerstag zu den Proben seiner 'Frau ohne Schatten', die er am Sonntag, 27. September dirigieren wird, ein und wird die Vorstellung 'Salome' am Abend befehlen.

Verdächtig. In der Nr. 219 ist uns bei dem Bericht über das neue Spiel 'Am weißen Rößl' ein Irrtum unterlaufen, der auf einer falschen Information beruht. Das junge Theaterstück, das mit der überwältigend fomiellen Verfassung der Leberin und Vorkehrer der Jungfrauenorganisation ein so vielversprechendes Debüt machte, war nicht Frä. Wollmann, sondern die Solotänzerin und Sopranistin Wera Kraker.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der hohe Druck über England hat einen Teil nach Osten vorgedrungen. Gleichwohl entfernt sich die unruhige Störung weiter nach Osten. Unsere Witterung wird bis auf weiteres durch den hohen Druck bestimmt sein.

Wetteraussehen für Freitag, 25. September: Meist heiter und trocken, bei nordöstlichen Winden, weiterhin sehr kühl, nur am Mittag etwas wärmer, örtliche Strahlungsfröste, Frühnebel.

Wasserstand des Rheins

Basel 128, gef. 4; Waldshut 311, gef. 3; Susterinsee 180; Rehl 325, gef. 4; Marx 501, gef. 2; Mannheim 410, gef. 4 Zim.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Mühlburg

Samstag, den 26. September, abends 8 Uhr, im Lokal 'Zum Hirsch' Bezirksversammlung mit Vortrag über 'Bürger und Bauer im Auge des Absolutismus'. Referent: Direktor Genosse Wilhelm. Erscheint zahlreich!

Bezirk Rintheim

Samstag, den 26. September, abends 8 Uhr, im Lokal 'Zum Hirsch' Bezirksversammlung mit Vortrag des Genossen Schulze über 'Das Schulwesen und die Notverordnung'. Genossen, Genossinnen, erscheinen zahlreich.

Bezirk Durlach

Samstag, den 26. September, abends 8 Uhr, im Lokal 'Karlsruher Hof' Bezirksversammlung mit Vortrag des Genossen Oberlehrer Schäfers. Um zahlreiche Beteiligung wird erlucht.

Aus der Stadt Durlach

Judenmilch

Ein kleines humoristisches Intermezzo mit volkstümlichem Hintergrund, oder Judenmilch ist auch bei Bitterfelder nicht lässlich.

Eine kleine Szene, welche trotz ihres humoristischen Einschlags als Charakterstudium festgehalten zu werden verdient, spielte sich auf dem letzten Viehmarkt hier ab. Bedürftige Frauen melken schon seit Jahren die zum Verkauf gestellten Kühe ab, um auf diesem Wege Milchsäure zu erhalten. Darunter befand sich auch eine besessene Anhängerin des bitterlichen Frauenrechts und Frau eines hiesigen Kleinrentners, der sich bei den letzten 'Bedürftigen' der Dürst hier und im 'Himmel' 'rühmlich' hervorgetan hat. Die überweidene hiesigen Bänder haben dies bald merkt und machten die Frau mit dem größten Ernst darauf aufmerksam, daß sie ja aufpassen müsse, damit ihre Kinder nicht durch die 'Judenmilch' angesteckt würden. Die 'Bedürftigen', offenbar der Auffassung, daß Judenmilch so wenig schmeckt wie Judenweib, hielten sich zunächst etwas schweigsam, was es aber dann doch vor, vom Markt zu verschwinden.

Naturtheater Lehenberg-Durlach. Sonntag, 27. Sept., findet endgültig die letzte Vorstellung statt. Es sei gleich darauf hingewiesen, daß diese Abschiedsvorstellung auch bei trüber Witterung stattfindet. Nur im Falle ausgeprägten Regenwetters müßte sie abermals verschoben werden. Zur Aufführung gelangt der am vergangenen Sonntag ausverkauft schwand 'Ein Abend vor' von Josef Jarno. In dieser Vorstellung wird Herr Direktor Norden vor Antritt seiner Tournee zum letzten Male hier auftreten. Da zu erwarten ist, daß bei halbwegs schönem Wetter die vielen hundert Anhänger und Verehrer der Kunst des Herrn Norden bei seinen letzten Auftritten ausgenutzt sein werden, so empfiehlt es sich, sich rechtzeitig mit Plätzen zu versehen. Der Beginn der Vorstellung ist auf nächtliche 8.15 Uhr festgesetzt. Auf die Besetzung der Hauptrollen werden wir noch hinweisen.

Viehmarkt am 23. September. Rindvieh und Pferde. Aufgetriebene Tiere (Zahl): Kühe 45, Kalbinnen und Kinder (Zunahme) 14, Kälber 16, Verkaufte Tiere (Zahl): Kühe 30, Kalbinnen und Kinder (Zunahme) 8, Kälber 10. Hühner und Zuchtstiere erste Preise: Kühe: Milchkühe hiesiger Preis 400 M., niedrigerer Preis 300 M., höchste Preis 500 M., Zuchtstiere 450 M., hiesiger Preis 500 M., Kalbinnen, irische, 400, bzw. 350, bzw. 450 M., Rindvieh 200, bzw. 150, bzw. 250 M., Mischhühner Preis gilt der für die besetzten Wertklasse am häufigsten (meisten) bezahlte Preis.

Auskünfte der Redaktion

1. N. 1. R. hat das bestritten, aber wir glauben es ihm nicht. 2. Die Besätze des Genossen B. sind genau von amtlicher Stelle nachgeprüft worden. Es lag kein Grund vor, sie zu beanstanden. Die von Ihnen angegebene, offenbar den Zeitungen entnommene Anzahl ist falsch. 4. Das ist uns unbekannt; nur die amtliche Organe können Auskunft geben. 5. Uns unbekannt. Siehe aber Besatz des Parteivorstandes. 6. Uns ebenfalls unbekannt. Im übrigen wird, wie Sie selber sagen, 'beller Blödsinn' in großer Menge versandt.

Kleine badische Chronik

Mannheimer Polizei entzieht den Radfahrern die Luft

Mannheim, 23. Sept. Mit dem frühen Eintritt der Dunkelheit in den kommenden Monaten mehren sich auch wieder die Fälle, daß die Polizei Radfahrer ohne Licht oder ohne Rücklicht anhalten muß. Die Mannheimer Polizei hat sich entschlossen, um diesem Uebelstande wirksam zu begegnen, dem guten Beispiel der Berliner Polizei zu folgen, und den Radfahrern einfach die Luft zu entziehen. Jedem Radfahrer, der ohne Licht oder Rücklicht betroffen wird, wird die Polizei in Zukunft das Ventil öffnen, die Luft ablassen und das Ventil beschlagnehmen. Am nächsten Tage kann der Radfahrer, der sein Fahrzeug wohl oder übel nach Hause schieben muß, sein Ventil auf der Polizeiwache oder Gendarmerie abholen.

Tödlicher Motorradunfall

Bad. Neudorf, 23. Sept. Gestern abend ist im Neudorf zwischen Rahnbad und Neudorf am Ostende der Ostsee der 23-jährige Arbeiter hier mit seinem Motorrad verunglückt. Er wurde dabei so schwer verletzt, daß er in der vergangenen Nacht in der Hebelberger Universitätsklinik gestorben ist. Mayer war 29 Jahre alt, verheiratet und Vater eines Kindes.

Verkehrsunfälle — Ein Knabe getötet

Eberbach, 23. Sept. Am Montag abend gegen 6 Uhr lief in der Neudorfstraße der 12-jährige Baldauf beim Spielen rückwärts in die Straße eines Gefährten. Der Junge wurde am Kopf schwer verletzt und nach dem Bezirkshospital verbracht. Sein Zustand ist bedenklich. — In der Dornwaldstraße stieß ein schwerbeladenes Eisenbahnwagen auf ein auf der linken Seite der Straße stehendes, mit Misthaufen beladenes Handwägelchen, auf dem der 4-jährige alte Junge des Arbeiters Edward Rupp saß. Der Junge fiel vom Wagen unter das Fuhrwerk, das ihm über die Längsseite des Körpers ging. Der Tod trat sofort ein.

Ein fürchtbares Ende

Langenfeldbach (Amt Ettlingen), 24. Sept. Ansehend machte der Ettlinger Selbstmord der letzten Tage Schule. Dienstag abend um halb 9 Uhr wurden die Bewohner der Wilschinger Straße durch laute Schreie aufmerksam. Der 33-jährige geschiedene Kraftwagenführer Fritz Rau versuchte durch Selbstmord aus dem Leben zu scheiden. Rau, der bei der Delinquenz Königsbach längere Zeit als Kraftwagenführer beschäftigt war, wurde wegen Verfehlungen entlassen, was wohl der Grund zu der Tat sein dürfte. Rau hatte sich mit Benzol übergeben und angezündet. Lichterlos brennend fand man den Unglücklichen vor, der große Brandmunden auf dem Rücken auswich. Im elterlichen Hause verschied er Mittwoch mittag gegen 2 Uhr.

Brand auf dem Plättig

Baden-Baden, 23. Sept. Gestern abend wurden die rechts der Badstraße gelegenen Holzhaufen des Kurhauses Plättig und ein vollgefüllter Heudübel durch Feuer zerstört. Es handelt sich um die früheren Stallungen, in die man Garagen eingebaut hatte. Die dort untergebrachten Autos konnten unverletzt geborgen werden. Die Baden-Badener Feuerwehr erschien reichlich auf dem Brandplatz und vermochte bald dem Elementen Herr zu werden, von dem das alte und neue Kurhaus dank des herrlichen Ostwindes verschont blieben. Die Brandursache ist noch nicht aufgeklärt.

Winter im Schwarzwald

Freiburg i. Br., 23. Sept. Ueber den Schwarzwald tauchten schon im Laufe des Sonntags düstere, eifige kalte Nebelwälder auf, die bald das ganze Gebirge einhüllten. In der Nacht auf Montag ging die Temperatur in fast sämtlichen Bezirken über 1200 bis 1400 Meter unter den Gefrierpunkt zurück. Auch in den mittleren Tälern war der Temperaturrückgang stark und betrug gegenüber dem Sonntag oft bis zu 10 Grad. Niederschläge in Form von Graupeln und Schnee fielen während des Montags in den höchsten Teilen des nördlichen und südlichen Schwarzwaldes, wo es unvermittelt Winter geworden ist. In der vergangenen Nacht ging das Thermometer auf dem Feldberg sogar bis 5.4 Grad unter Null zurück, nachdem es am Dienstag den Nullpunkt schon nicht mehr erreichen konnte. Die Frostgrenze ist bis weit in die Täler hinuntergedrückt worden und sogar in Freiburg wurde der Nullpunkt erreicht. Am Tage des Herbstinzugs hat also schon der Winter sein Regiment angetreten.

Die Brandbeuge im Bezirk Melsbich

Langenfeld, Gemeinde Leibern, Amt Melsbich, 23. Sept. Die Brandbeuge im Bezirk Melsbich will kein Ende nehmen. Den fünf Bränden der letzten 14 Tage reihte sich in der Nacht zum Dienstag der sechste Brand in Menningen an. Heute, Mittwoch früh, brannte es in Langenfeld, Gemeinde Leibern. Gegen 1/3 Uhr entstand in dem Detonomie- und Wirtschaftsgebäude 'Zum grünen Baum' Feuer, das sich so rasch ausbreitete, daß nur das lebende Inventar gerettet werden konnte. Die Fahrnisse und das Mobiliar wurden ein Raub der Flammen. Der Gesamtschaden des Besitzers Karl Bodenmüller beläuft sich auf etwa 30 000 RM, davon 8000 RM für Inventar. Die Brandursache ist wie bei anderen Bränden, bis jetzt unbekannt.

Mannheim. Dienstag vormittag wollte ein Steuerbeamter in der Rheinböschungstraße bei einem 38-jährigen Arbeiter den Schloffer eine Wäsche vornehmen. Während dieses Vorganges hat der Schuldner den Beamten plötzlich mit einem schweren Kupferfabrikmesser mehrere Schläge von hinten auf den Kopf verleitet, so daß der Betroffene zunächst zusammenbrach. Der Beamte konnte sich aber wieder aufrichten, worauf ein Kampf entstand, in dessen Verlauf der Täter den Beamten im 4. Stock über das Treppengeländer zu werfen versuchte. Bei der späteren Festnahme hat der Mann den Polizeibeamten heftigen Widerstand entgegengesetzt.

Weinheim. Der Lederarbeiter König aus Weiber brachte die rechte Hand in eine Streckmaschine. Die Hand wurde furchbar zugerichtet und dürfte nicht zu retten sein. — Der 36-jährige verheiratete Lederarbeiter Kiel erlitt während der Arbeit in den Freudenbergschen Lederwerken einen Schlaganfall, der den sofortigen Tod herbeiführte.

Rheinweiler. Im gegenüberliegenden Ort Rifer wurden der Landwirt Schmidlin und seine Tochter beim Obstschneiden von einem Gewitter überrollt. Sie lachten unter zwei Bäumen Schutz, als der Blitz in den einen schlug und die 30-jährige Tochter sofort tötete.

Waldkirch. Der in guten Verhältnissen lebende 61-jährige alte Privatier Jakob Neutrich hat sich am Montag vormittag aus seinem Hause entfernt. Gestern wurde er in einem Gasthaus in Denslingen aufgefunden. Er war dort am Montag abend abgehauen und hatte seinem Leben durch Versetzen ein Ende gemacht. Neutrich litt in letzter Zeit an schweren nervösen Störungen.

Knielinger Schweinemarkt vom 23. Sept. Zulage: 103 Milchschweine. Preise 10 bis 20 M. pro Paar. Handel: mittel. Nächster Markt am Mittwoch, den 30. September.

Dentisten Frankfurt a. M. In Frankfurt a. M. findet am 2. u. 3. und 4. Oktober ein Deutscher Dentistenkongress, verbunden mit einer Deutschen Dental-Industrie-Schau und einer Berufspädagogischen Ausstellung statt. Die Einladungen sind bereits vom Reichsverband Deutscher Dentisten ergangen, und es haben Vertreter der Sozialhygiene, der Medizin, der Naturwissenschaften, der Pädagogik, der Dentistik Vorträge und Demonstrationen zugesagt. Auch der Europarabund der Dentisten, wie die deutsche Gesellschaft für Dentistik werden sich beteiligen. Auch diese Tagung wird von der weltwirtschaftlichen Notlage beherrscht sein, und sich daher bemühen, die rationellsten Behandlungsmethoden der Zähne, unterstützt durch die wirtschaftlich-parlamentarischen Hilfsmittel der Dental-Industrie richtungsgemäß zu gestalten. Die berufspädagogische Ausstellung wird auch die seit 8 Jahren bewährten Methoden der dentistischen Berufsbildungsuntersuchung zeigen, die nicht nur ausübend, sondern auch vorbeugend in Bezug auf Berufsüberfüllung wirken.

Aufhebung einer Verordnung. Die Verordnung betreffend die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Thomschlacken gemahlen oder Thomschlackennmehl geerntet wird (vom 14. Juli 1909), tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 außer Kraft.

Razi-Fiasco

Kuit. Letzten Samstag sollte in Kuit im Gasthaus zur Rose eine öffentliche Razierversammlung stattfinden, in der der bekannte Bretener Raziere seine Weisheiten verkünden sollte. Aber, o weh, die Massen blieben aus, so daß der gute Mann außer seiner etwa 30 Mann starke Garde, die er von auswärtig mit herbeibrachte hatte, nur einen hiesigen Hörer im Saale begrüßen konnte. Einem hiesigen Geschäftsmann, der nicht den Mut hatte, bis in den Saal vorzudringen, und sich nur im Gang postierte, ist zu ragen, seine hobrizen Wasserkeine mit dem Hakenkreuz zu versehen, um den Abzug zu feiern. Als die mutigen Kämpfer fürs dritte Reich haben, daß alles Worten ergebnislos wäre, verfiel ihnen Reflexion und Versammlungsleiter heimlich durch die Wirtschaftliche, um nicht das Opfer des Gespötes der anmelenden andersdenkenden Gäste zu werden. Heu!

GLORIA PALAST. Badisches Landesbühnen. Donnerstag, 24. Sept. 'Salome' von Richard Strauß. Regie: Erich Wittwilde. Besetzung: Sabelton, Reich, Frick, Winter, Protzman, Kalle, Dolpach, Kallbach, Rieker, Löfer, Rentwig, Ritsch, Schoepflin, Strad., G. Gröbinger, Kilian, Schütz, Schmitz. Anfang 20 Uhr. Ende 21.45 Uhr. Preise 1.00-6.30 M.

Propaganda-Tage! 2. Angebot! Wir kaufen einen größeren Fabrik-Lagerposten. Mantel-Stoffe meist reinwollene Qualitäten, weit unter Preis ein, und können unseren Kunden damit etwas ganz Außergewöhnliches bieten. Die Hauptpreise sind: Mk. 2.75 3.75 4.75 5.75. Alle Saison-Neuheiten wie Diagenal-Tweed, Velour, etc. etc. sind in reichster Auswahl vorrätig.

Küchen. h. 150 M., Südf. h. 85 M. Fürnisch, Küche 77 (unter Gelsen kann). Ohne Reklame gleich viel in welcher Form schlief das Geschäft ist so wie ein verwittertes Fenster.

Mietervereinigung K'ruhe (e. V.) Luftiger heller Lagerraum mit Holzboden, auch als Arbeitsraum geeignet, ca. 360 Quadratmeter, sofort oder später zu vermieten. Näheres zu erfragen Waldstr. 28, Laden.

